

TOP 1

Festlegung Gebühren Kinderbetreuung

Bürgermeister Krattenmacher eröffnete die Beratung mit dem Hinweis auf eine notwendige Wiederholung der Beschlussfassung. Grund hierfür sei ein Befangenheitsfall in der vorangegangenen Sitzung. Unter Einhaltung der gesetzlichen Drei-Wochen-Frist wurde ein ergänzter Beschlussvorschlag vorgelegt. Hauptamtsleiter Wetzel erläuterte, dass die Gebührenkalkulation auf zwölf Monate umgestellt worden sei. Zuvor habe die St.-Anna-Stiftung lediglich elf Monate berechnet, wodurch fälschlicherweise zu geringe Gebühren erhoben worden seien.

In der Aussprache wurde die Umstellung der Administration auf die Gemeinde sowie die Angleichung der Gebühren an die Kinderzahl grundsätzlich befürwortet. Ein Ratsmitglied merkte jedoch an, dass die Kosten für die Ferienbetreuung wie ein zusätzlicher Monatsbeitrag wirkten. Hauptamtsleiter Wetzel stellte klar, dass die Gemeinde den Großteil des Abmangels von jährlich rund vier Millionen Euro trage. Ziel sei ein Deckungsgrad von 20 Prozent, während man sich aktuell bei lediglich 12 Prozent bewege.

Kritik wurde an der effektiven Belastungssteigerung geäußert, die durch die Umstellung auf zwölf Monate und die Erhöhung um 4,5 Prozent für manche Eltern spürbar ausfalle. Bürgermeister Krattenmacher entgegnete, dass durch den Systemwechsel auf die Kinderanzahl für einige Familien auch geringere Beiträge resultieren könnten. Das Gremium begrüßte die hälftigen Beiträge der Ferienbetreuung in den Sommerferien für Kinder, die ganzjährig den Hort besuchen sowie die Möglichkeit für individuelle Lösungen in Härtefällen. Der Gemeinderat stimmte der Gebührenanpassung sowie den Härtefallregelungen mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen zu.

TOP 2

Jahresabschlüsse 2025

- Dr.-Franz-Reich-Stiftung

- Geschwister-Walser-Stiftung

Kämmerer Kant präsentierte dem Gremium den Jahresabschluss der Dr.-Franz-Reich-Stiftung für das Jahr 2025. Er berichtete, dass der bisherige Essenszuschuss für Schüler/innen des SBBZ-L und den Kindern in der Ganztagesbetreuung der Kindergärten und des Hortes von 0,50 Euro zum kommenden Schuljahr eingestellt werde. Hintergrund seien gesunkene Verpflegungskosten durch neue Lieferanten, wodurch die ursprüngliche Preisdifferenz zur Mensa nicht mehr bestehe. Die Stiftung verzeichnete einen Überschuss von 5.303,38 Euro.

Im Anschluss stellte er den Jahresabschluss der Geschwister-Walser-Stiftung vor. Dieser wies für das Jahr 2025 einen Fehlbetrag von 3.359,16 Euro aus. Als wesentlicher Grund für das Defizit wurden notwendige Kosten für eine Gebäudebegasung zur Schädlingsbekämpfung angeführt.

Der Gemeinderat nahm die Ausführungen entgegen und billigte beide Jahresabschlüsse für das Jahr 2025 einschließlich der vorgeschlagenen Veränderungen einstimmig.

TOP 3

Vergabe der Reinigungsleistungen in den Schulzentren und den Kindergärten der Gemeinde Kißlegg

Kämmerer Kant informierte darüber, dass die Reinigungsleistungen im Schulzentrum nach Ablauf der Vertragslaufzeit neu ausgeschrieben werden mussten. Von 15 Interessenten gaben sechs Firmen ein Angebot ab. Die Prüfung erfolgte nach einer Gewichtung von 60 Prozent für den Preis und 40 Prozent für die Leistung. Der Kämmerer verglich die Kosten der Vergabe mit dem Aufwand für eigenes Personal, für das insgesamt etwa 9,5 Vollzeitstellen erforderlich wären. Die Preise seien im Vergleich zum Vorjahr um etwa sieben bis zehn Prozent gestiegen.

Bürgermeister Krattenmacher unterstrich, dass das beauftragte Unternehmen tarifgebundene Kräfte einsetze. Der Gemeinderat beschloss einstimmig die Vergabe der Lose 1 und 2 an die Firma A. Schmidt Gebäudereinigung GmbH aus Essingen. Der Gesamtbruttopreis beläuft sich auf 200.463,11 Euro pro Jahr für das erste Los und 223.825,57 Euro pro Jahr für das zweite Los. Der Vertrag umfasst den Zeitraum vom 1. August 2026 bis zum 31. Juli 2030.

TOP 4

Vergabe Neubau Belebungsbecken - Nachtrag TA Maschinentechnik - MID

Bürgermeister Krattenmacher berichtete über den positiven Baufortschritt am Belebungsbecken der Kläranlage, das bereits fertiggestellt und dicht sei. Bauamtsleiter Rommel ergänzte, dass im Rahmen des Masterplans die Erneuerung der Durchflussmessung erforderlich geworden sei. Da die bisherige Messstrecke nach dem Umbau nicht mehr genutzt werden könne, müsse ein neuer magnetisch-induktiver Durchflussmesser (MID) installiert werden.

Ein Mitglied des Gremiums erkundigte sich nach der Finanzierung und der Planung der Beruhigungsstrecke. Kämmerer Kant bestätigte, dass die Ausgaben in der Gesamtfinanzierung des Masterplans enthalten seien. Bauamtsleiter Rommel erläuterte, dass Details in der Praxis bei Projekten dieser Größenordnung von der ursprünglichen Planung abweichen könnten. Der Bürgermeister ergänzte, dass die Anlage ohnehin einer Erneuerung bedurft hätte, die nun lediglich zeitlich vorgezogen werde.

Der Gemeinderat vergab die Lieferung und Montage des MID einstimmig an die Firma W&A Technologie GmbH aus Ravensburg zum Angebotspreis von 32.901,74 Euro.

TOP 5

Vergabe von Straßensanierungsarbeiten der Gemeindeverbindungsstraße Löhle

Bürgermeister Krattenmacher erläuterte die Notwendigkeit, die Gemeindeverbindungsstraße Löhle im Außenbereich kurzfristig zu sanieren. Mit über 1.000 Fahrzeugen täglich handle es sich um die am stärksten frequentierte Gemeindestraße. Ziel sei es, die Verkehrssicherheit für die nächsten paar Jahre bis zu einem späteren Rückbau zu gewährleisten. Bauamtsleiter Rommel betonte, dass insbesondere für Radfahrer die Beseitigung von Schlaglöchern sowie das Richten der Ausweichbuchten dringend erforderlich sei.

In der Diskussion wurde hinterfragt, ob eine Spritzdecke wirtschaftlich sei oder eine punktuelle Ausbesserung genüge. Die Verwaltung entgegnete, dass einfaches Flicken nicht ausreiche, um die Sicherheit dauerhaft zu garantieren. Ratsmitglieder wiesen zudem darauf

hin, dass die Straße für Bewohner angrenzender Wohngebiete eine wichtige Verbindung darstelle und besonders die ausgebrochenen Ränder korrigiert werden müssten. Die Spritzdecke stellt das günstigste Verfahren dar.

Bezüglich der Befahrbarkeit für Radfahrer erklärte Bauamtsleiter Rommel, dass es einige Wochen dauern wird, bis der Rollsplitt vollständig eingefahren sei. Der Gemeinderat vergab die Arbeiten zur Sanierung mehrheitlich bei einer Enthaltung an die Firma Hörmann GmbH aus Kempten zum Bruttopreis von 31.895,87 Euro.

TOP 6

Stellungnahme zu laufenden Baugesuchen Sanierungsbauvorhaben Bauernhof Krug, Flst. 323, Berghof 4

Bauamtsleiter Rommel erläuterte das Vorhaben am Berghof 4 bei Wiggenreute, welches den teilweisen Abbruch und den anschließenden Wiederaufbau eines Hofes vorsieht. Geplant sind vier Wohneinheiten sowie Flächen für landwirtschaftliche Maschinen. Das Projekt wurde als Glücksfall für den Erhalt der Kulturlandschaft bewertet, da der Neubau das Landschaftsbild wahre und sich gut in die Umgebung einfüge. Das Vorhaben sei im Außenbereich gemäß Baugesetzbuch zulässig.

Ergänzend wurde mitgeteilt, dass voraussichtlich im September der Bau des Radwegs nach Rempertshofen beginne.

Der Gemeinderat erteilte dem Sanierungsbauvorhaben das gemeindliche Einvernehmen einstimmig.

TOP 7

Anfragen und Wünsche des Gemeinderates

Im Rahmen der Anfragen wurden verschiedene Themen aus dem Gemeindegebiet angesprochen:

- Der Zustand des Kieswegs zwischen Oberhaid und Unterhaid. Bauamtsleiter Rommel kündigte eine zeitnahe Sanierung des Weges an.
- Das Impact-Bike, welches am Ortsende von Kißlegg in Fahrtrichtung Leupolz installiert wurde. Bürgermeister Krattenmacher erklärte, dass dieses Impact-Bike die Verkehrsteilnehmer auf die Gefährlichkeit dieser Strecke aufmerksam macht und zu mehr Achtsamkeit im Straßenverkehr anregen soll.
- Zur geplanten Tempo-30-Regelung in der Fürst-Max-Straße teilte der Bürgermeister mit, dass die Beschilderung bestellt sei und die Regelung ganztägig gelten werde.
- Das Gremium diskutierte den starken Grünalgenbefall im Obersee. Kämmerer Kant berichtete vom Einsatz mehrerer Mitarbeiter zur Beseitigung des Algenteppichs, das u. a. durch schnellen Temperaturanstieg und den hohen Lichteinfall am Seegrund begünstigt werde. Die amtlichen Wasserprüfungen seien ohne Beanstandung.
- Abschließend wurde eine Zunahme des Güterverkehrs auf der Schiene festgestellt, was der Bürgermeister mit der Nutzung freier Trassenkapazitäten durch die Bahn begründete.

Der Gemeinderat nahm die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.